

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 26.07.2007 um 18.40 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Lux
Stadtrat Rank
Stadtrat Schardt
Stadträtin Stocker (ohne Ziffer 3)
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Arayici
Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister (ohne Ziffer 3)
Stadträtin Sagol

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadtrat E. Müller
Stadtrat S. Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

„parteilos“

2. Bürgermeisterin Gold

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger

Amtsrat Hartner
Dipl.-Ing. Lepelmann
Herr Most, Geschäftsführer Stadtmarketingverein (Ziffer 1)
Herr Paul, Vorsitzender Stadtmarketingverein (Ziffer 1)
Herr Zürrlein (Ziffer 2)
Dipl.-Ing. Staudt, Fa. büroproform (Ziffer 13)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Haag

Stadträtin Schwab
 Stadtrat Ferenczy
 Bürgermeister Böhm

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Vergabe des Kitzinger Weinfestes ab 2008:

Hier: Antrag des Stadtmarketingvereins Kitzingen e.V.

- A. Amtsrat Hartner geht eingangs darauf ein, dass ab dem Jahr 2008 das Weinfest neu zu vergeben ist und sich der Stadtmarketingverein bereits konzeptionelle Gedanken gemacht habe. In dieser Sitzung solle nur über den Grundsatz entschieden werden. Die genauere Ausarbeitung des Konzepts erfolge nach der Sommerpause. Weiter erklärt er, dass man ansonsten die Ausschreibung des Weinfestes auf den Weg bringen müsse.

Im Folgenden geht Herr Most, Geschäftsführer des Stadtmarketingvereins auf die Gründe ein, weshalb der Stadtmarketingverein das Weinfest ausrichten möchte und spricht an, welche Veränderungen der Stadtmarketingverein vornehmen würde (dezentale Musik, Einbeziehung des Mains, keine Zelte, usw.). Ziel sei es, für das Weinfest eine Zertifizierung nach dem Weintourismuskonzept Franken zu erreichen, um das Weinfest aber auch Kitzingen im Bereich Tourismus bewerben zu können.

Stadtrat Lux als Fremdenverkehrsreferent erklärt, dass die Vorstellung des Stadtmarketingvereins sehr ansprechend sei und er ebenfalls die Meinung vertrete, dass das Weinfest aufgewertet werden müsse. Er spricht sich jedoch für die Ausschreibung des Weinfestes aus, um allen Gewerbetreibenden gleichermaßen die Chance zu gewähren, sich um das Weinfest bewerben zu können.

Herr Paul, Vorsitzender des Stadtmarketingvereins erklärt, dass der Verein das Weinfest nicht alleine durchziehen könne und ohnehin auf die hiesigen Gewerbetreibenden zugehen würde. Der Verein gebe lediglich den Rahmen vor. Seiner Auffassung nach müsse oberstes Ziel die Verbesserung des Weinfestes sein.

Im Folgenden haben die Stadträte verschieden Fragen an die Verantwortlichen des Stadtmarketingvereins und diskutieren ausführlich über den Beschlussvorschlag. Sie kommen überein, dass das Weinfest dringend verbessert werden müsse, dies aber nicht ohne eine Ausschreibung erfolge solle. Nachdem sich der Stadtmarketingverein bereits erste Gedanken gemacht habe, sollten sie einem möglichen Betreiber mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Herr Paul erläutert nochmals, dass der Verein das Weinfest nicht selbst veranstalten sondern für die Durchführung auf die Kitzinger Gewerbetreibenden zugehen werde. Hinsichtlich der Kosten weist er darauf hin, dass jede Verbesserung des Weinfestes Kostenaufwendig sei und auch ein anderer Betreiber die Verbesserungen nur mit einer Kostenmehrung aufbringen könnte. Bezüglich genaueren Auskünften zu den Kosten müsse man das Konzept noch konkretisieren.

Oberbürgermeister Moser schlägt vor, den Beschlussentwurf insoweit abzuändern, dass der Stadtmarketingverein zunächst das Konzept zur Durchführung des Weinfestes erstellt, aufgrund dessen die Ausschreibung erfolgen könne.

B. Mit 26 : 0 Stimmen

Der Stadtmarketingverein wird aufgefordert neue Rahmenbedingungen für die Vergabe des Kitzinger Weinfestes ab 2008 auf der Basis seines Antrages vom 17.07.2007 im Stadtrat in der Sitzung am 20.09.2007 vorzustellen.
Auf dieser Basis soll anschließend eine Ausschreibung erfolgen.

2. Dienstvereinbarung Leistungsentgelt

A. Amtsrat Hartner geht auf den Sachverhalt hinsichtlich der Einführung des leistungsbezogenen Entgeltes sowie das durchgeführte Verfahren (Bildung einer Arbeitsgruppe, Mitwirkung aus allen Organisationseinheiten sowie Hierarchieebenen, Demokratischer Prozess) ein und weist darauf hin, dass man hiermit - nach Auffassung aller Mitglieder der Arbeitsgruppe - eine größtmögliche Gerechtigkeit erziele, gibt aber auch zu Bedenken, dass es nicht einfach gewesen sei, allen gerecht zu werden. Über das Vorgehen einiger Kolleginnen und Kollegen zeigte er sich sehr enttäuscht. Weiter erklärt er, dass sich nun die Dienstvereinbarung in der Praxis bewähren müsse und deshalb eine Kündigungsmöglichkeit bis zum 31.12.2008 aufgenommen wurde. Abschließend weist er darauf hin, dass es keinerlei Mustervereinbarungen gebe und auch die Kommunen im Landkreis keine Erfahrungswerte austauschen könnten. Gleichwohl bittet er auch im Namen der Arbeitsgruppe der vorliegenden Vereinbarung zuzustimmen. Er erklärt - im Falle einer negativen Beschlussfassung des Stadtrates - werde die Dienstvereinbarung nicht zum 31.07.2007 unterschrieben werden können und somit im Jahr 2007 das „Gießkannenprinzip“ bei dem die zur Verfügung stehenden Mittel auf alle Mitarbeiterinnen gleichmäßig aufgeteilt werden, Anwendung finden. Abschließend erklärt er, dass ein Referent des Bayerischen Gemeindetages der Stadt Kitzingen empfohlen habe, frühzeitig mit diesem Prozess zu beginnen und Erfahrungen mit dem Bewertungssystem zu sammeln.

2. Bürgermeisterin Gold spricht zunächst ihren Unmut über den TvÖD aus, der den Kommunen die Erstellung einer solchen Dienstvereinbarung auferlegt, ohne dass er hierzu Mustervorlagen der Staatsregierung gebe. Ihrer Auffassung nach, komme die Dienstvereinbarung dem Ziel, die Mitarbeiter zu motivieren, nicht nach. Nachdem sich einige Mitarbeiter offenkundig gegen die vorliegende Dienstvereinbarung aussprechen sollte für das erste Jahr nochmals das „Gießkannenprinzip“ angewandt werden. Ihrer Auffassung nach sollte man die Anregungen der Mitarbeiter nochmals besprechen und den Beschluss nach der Sommerpause fassen.

Stadtrat Müller stellt fest, dass die 15 Mitglieder der Arbeitsgruppe zur Erstellung der Dienstvereinbarung legitimiert waren, weist aber bedenkend darauf hin, dass ca. 40 Mitarbeiter sich kritisch gegenüber der Dienstvereinbarung äußern. Ihm falle es schwer den Beschluss in heutiger Sitzung gegen die Meinung einzelnen Mitarbeiter zu fassen und bittet ebenfalls erst nach Klärung der angesprochenen Punkte die Vereinbarung zu unterschreiben.

Stadtrat Weiglein ist der Auffassung, dass 15 Mitglieder der Arbeitsgruppe lange über die Vereinbarung debattiert hätten und der Personalrat dieser auch zugestimmt habe. Aufgrund dessen sollte man der Dienstvereinbarung zustimmen, da diese ohnehin eine Kündigungsklausel vorsehe.

Herr Zürrlein, als Mitglied der Arbeitsgruppe erklärt, dass „es nicht der Weisheit letzter Schluss sei“ und man zunächst den ersten Abrechnungs- und Bewertungszeitraum abwarten sollte, bevor man die Dienstvereinbarung ändere. Er erklärt, im Falle die Vereinbarung werde nicht bis zum 31.07.2007 unterzeichnet, dass für das Jahr 2007 das Gießkannenprinzip angewandt werde, im Falle die Unterzeichnung erfolge bis zum 30.09.2007 wird im Jahr 2008 zunächst die Hälfte des Auszahlungsbetrags ausgeschüttet. Die andere Hälfte würde auf das Folgejahr verschoben werden. Hierdurch könnten sich Mitarbeiter ebenfalls ungerecht behandelt fühlen.

B. **Mit 26 : 0 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Stocker wird stattgegeben.

- C. Stadträtin Wallrapp spricht sich ebenfalls für die Verschiebung der Beschlussfassung aus. Erst nachdem man die Punkte der Mitarbeiter beachtet habe, könne man die Vereinbarung unterzeichnen. Ihr sei eine breite Akzeptanz wichtiger als die schnelle Umsetzung.

Amtsrat Hartner geht abschließend darauf ein, dass die Meinung lediglich insoweit auseinander gehe, ob die Gelder in der Gesamtheit auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder runtergebrochen auf die Organisationseinheiten in Töpfen verteilt werden. In der Vereinbarung gibt es bei genauerem Betrachten verschiedene Punkte, wo man ebenfalls anderer Meinung sein könnte. Man sollte die mehrheitlich Entscheidung der Arbeitsgruppe jedoch anerkennen und die Dienstvereinbarung zunächst für das erste Jahr zu vollziehen.

Oberbürgermeister Moser stellt fest, dass eine Verschiebung der Entscheidung einem Schlag ins Gesicht derer gleichkomme, die an der Vereinbarung mitgewirkt haben. Die Vertreter haben nach bestem Wissen und Gewissen die Dienstvereinbarung erstellt.

D. Mit 14 : 12 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die vorliegende Dienstvereinbarung zur Einführung eines betrieblichen Systems zur Leistung von leistungsbezogenen Entgelten nach § 18 Abs. 6 TVöD als Vertreter des Arbeitgebers gegenzuzeichnen.

3. Dorferneuerung Repperndorf; Vereinbarung zum Ausbau der Eisgasse

A. Mit 22 : 2 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, dass sich die Stadt Kitzingen an der Dorferneuerungs-Maßnahme „Eisgasse“ in Repperndorf im dargelegten Umfang (s. Sachvortrag) und zu Kosten für die Stadt von max. 100.240,-- € beteiligt. Die Mittel stehen im HH bereit.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Vereinbarung mit der TG Repperndorf gem. Schreiben vom 19.03.07 abzuschließen.
4. Es wird ferner davon Kenntnis genommen, dass das Amt für ländliche Entwicklung (ALE) für die Außensanierung des Anwesens „Eisgasse 6“ eine Förderung von 60.000 € im Aussicht gestellt und dass die örtliche Vorstandschaft in der Sitzung am 27.06.2007 einer Verlagerung der Mittel von der „Weth“ auf das Anwesen „Eisgasse 6“ unter der Maßgabe zugestimmt hat, dass die Neugestaltung der Freiflächen „An der Weth“ im Rahmen des Zisterneneinbaus bzw. des Feuerwehrbaus erfolgt.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Abschluss der Klärungsgespräche umgehend auch ein Sanierungskonzept zum Anwesen „Eisgasse 6“ mit dem Vorschlag eines Maßnahmebeschlusses vorzulegen.

- B. Stadträtin Richter fragt nach, ob die Problematik hinsichtlich der Anliegerbeiträge nochmals geprüft wurde.

Rechtsrätin Schmöger erklärt, dass - wie bereits darauf hingewiesen – Herr Stoppel die Angelegenheit geprüft habe, mit dem Ergebnis, dass bei dieser Planungsvariante

bei dieser Maßnahme keine Anliegerbeiträge erhoben werden können. Sie habe dies mit demselben Ergebnis nochmals überprüft.

4. Bauvoranfrage

Errichtung eines Betriebsstandorts

Demontageservice und Altmetallhandel

Fl.Nr. 1459/2, An der Staustufe

Antragsteller: Fa. H. u. D. Back GbR, Kitzingen

Dipl. – Ing. Lepelmann stellt den Sachverhalt dar und weist darauf hin, dass aus baurechtlicher Hinsicht eine Genehmigung in Aussicht gestellt werden müsste. Hinsichtlich des Lärms erklärt er, dass das Altmetall an dieser Stelle gesammelt und für die Demontage wo anders hin geliefert werde.

Aufgrund verschiedener Fragen der Stadträte bzgl. Lärm, Optik und Ausführung des Gebäudes schließt Oberbürgermeister Moser die Diskussion und nimmt den Punkt von der Tagesordnung.

5. Haushaltsüberschreitung

Mit 24 : 0 Stimmen

Dem Antrag auf Genehmigung einer Haushaltsüberschreitung für das Rechnungsjahr 2007 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsan- satz	Überschreitungs- betrag
<u>VmHh:</u> 6335 9329	Gewerbegebiet Großlangheimer Straße Nord; Rückzahlung an Bayerngrund	700.000,00 €	400.000,00 €

wird stattgegeben.

Die Deckung erfolgt durch Ausgabeneinsparungen bei HSt. 2121 9451 - Erweiterungs-, Um- und Ausbau D. Paul-Eber-Schule (Ganztagsbetreuung).

6. Haushaltüberschreitung

Ohne Abstimmung

Es wird zustimmend davon Kenntnis genommen, dass für das Rechnungsjahr 2007 eine Haushaltsüberschreitung bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsan- satz	Überschreitungs- betrag
<u>VmHh:</u> 6457 9810	Geh- und Radweg nach Buch- brunn; Investitionszuweisungen an das Land, Rückzahlung Land- ratsamt Kitzingen	0,00 €	17.760,00 €

genehmigt wurde.

Die Deckung erfolgte durch Minderausgaben bei HSt. 2121 9451 - Erweiterungs-, Um- und Ausbau der D. Paul-Eber-Schule (Ganztagsbetreuung).

7. Städtebauförderung - Förderung von Privatmaßnahmen
Generalsanierung des Sole-Hallenbades in Kitzingen durch die Stadtbetriebe Kitzingen GmbH;
Erhöhung der Förderung aus Stadtumbau West

Ohne Abstimmung

Die Generalsanierung des Sole-Hallenbades in Kitzingen durch die Stadtbetriebe Kitzingen GmbH wird mit einem Kostenerstattungsbetrag von 500.000 € gefördert.

Vorbehaltlich der Überprüfung durch die Regierung von Unterfranken beträgt die max. Förderhöhe der Stadt Kitzingen 200.000 € (40 %) zzgl. des 60 %igen Anteils der Regierung von Unterfranken von 300.000 €.

8. Budget Amt 2, Sg. 23, Kindergärten/Kinderkrippe, UA 4643-4649

Ohne Abstimmung

- 1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2) Der Überschuss in Höhe von 884,68 € (70 % aus 1263,83 €) wird auf das Jahr 2007 übertragen.

9. Budget Amt 2, Sg. 23, Öffentliche Toiletten, UA 7191

Ohne Abstimmung

Für die Öffentlichen Toiletten ergibt sich folgende Budgetabrechnung 2006

Budget 2006	40.630,00 €
Verbrauchte Mittel 2006	<u>49.160,74 €</u>
Zwischensumme (Defizit)	8.530,74 €
zuzüglich	
Abgang KER (Niederschlagung HSt. 7191 1101)	41,00 €

Personalkosten unter Ansatz	<u>440,47 €</u>
Defizit 2006	9.012,21 €
	=====

Ein Übertrag auf das Jahr 2007 erfolgt nicht.

10. Budget Amt 2, Sq. 232, Forstbetrieb UA 8551

Ohne Abstimmung

- 1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2) Aufgrund der ebenfalls guten Einnahmesituation im Jahr 2007 (Holzverkäufe aufgrund gestiegener Energiekosten) wird auf einen Übertrag des Überschusses aus dem Jahr 2006 verzichtet.

11. Budget Amt 2, Sq. 23, Kleingärten UA 5905

Ohne Abstimmung

- 1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2) Auf Übertragung des Überschusses in Höhe von 415,35 (70 % aus 593,35 €) auf das Jahr 2007 wird verzichtet.

12. Budget Amt 2, Sq. 23, Liegenschaften UA 0351

Ohne Abstimmung

- 1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2) Auf Übertragung des Überschusses in Höhe von 70,65 € (70 % aus 100,93 €) auf das Jahr 2007 wird verzichtet.

13. Sanierung und Umgestaltung des neuen Sitzungssaales

- A. Frau Staudt geht im Nachgang zur Diskussion und den Ergebnissen aus der Stadtratssitzung am 10.07.2007 auf die Gestaltung des Neuen Sitzungssaales ein und weist darauf hin, dass die Tischbreite wie gewünscht 70 cm betrage und die Tische mit einem Ablagefach sowie einer Frontblende ausgestattet seien. Hinsichtlich der zwei alternativen für die Gestaltung des Bodens (Filz/Parket oder Filz) erklärt sie, dass aufgrund der Fußbodenheizung aber auch der Optik ein durchgehender Bodenbelag genommen werden sollte. Abschließend geht sie auf den derzeitigen Kostenstand ein und erklärt, dass sie diese bei ca. 113.000,00 €/netto sehe. Stadträtin Wallrapp bittet bei der Materialauswahl auf die Allergiefreiheit zu achten. Oberbürgermeister Moser sagt dies zu. Stadträtin Dr. Endres-Paul ist dieser Kostenvoranschlag zu teuer und fragt nach, inwieweit man sparen könnte. Frau Staudt erklärt, dass es zwar bei der Tür, den Vorhängen, der Decke und den Leuchtmitteln einsparpotential gebe, dies aber nicht für sinnvoll halte, da man hierbei ebenfalls einen gewissen Standard benötige. Bei den Möbeln sehe sie kein Einsparungspotential.

Stadtrat Rank ist der Auffassung, dass man zu diesem Angebotspreis die Umsetzung angehen sollte ohne nach Einsparungen zu suchen, nicht dass in drei oder fünf Jahren nochmals nachgebessert werden müsse.

B. Mit 23 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag und den Entwürfen wird Kenntnis genommen
2. Der Sitzungssaal wird auf Basis der vorgelegten Kostenschätzung in Höhe von 113.000,00 € zzgl. MwSt saniert.

C. Mit 21 : 5 Stimmen

Der Boden wird in der Variante „Filz“ ausgeführt.

14. Hauptschule Kitzingen Siedlung
Einbau eines Speisesaales für Ganztagsklassen
Erd-, Mauer-, Betonarbeiten – Auftragsvergabe

Ohne Abstimmung

1. Den Auftrag für die Erd-, Mauer-, Betonarbeiten in der Hauptschule Kitzingen Siedlung erhält die Firma Nagler, Hoch- und Tiefbau GmbH, 97340 Martinsheim.

Die Auftragssumme schließt mit 20.395,85 €, einschl. 19 % MwSt.

2. Die Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe stehen bei der Haushaltsstelle 1.2122.9452 zur Verfügung.

15. Hauptschule Siedlung – Einbau eines Speisesaales für Ganztagesklassen

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die vorhandenen Mittel bei der Haushaltsstelle 1.2122.9351 werden von 33.000 € um 25.000 € auf 58.000 € erhöht.

16. Hauptschule Kitzingen Siedlung
Einbau eines Speisesaales für Ganztagsklassen
Elektroarbeiten – Auftragsvergabe

Ohne Abstimmung

1. Den Auftrag für die Elektroarbeiten in der Hauptschule Kitzingen Siedlung erhält die Firma Elektro Reichhard, 97318 Kitzingen.

Die Auftragssumme schließt mit 36.683,54 €, einschl. 19 % MwSt.

2. Die Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe stehen bei der Haushaltsstelle 1.2122.9452 zur Verfügung.

17. Hauptschule Kitzingen Siedlung
Einbau eines Speisesaales für Ganztagsklassen
Erd-, Mauer-, Betonarbeiten – Auftragsvergabe

Ohne Abstimmung

1. Den Auftrag für die Erd-, Mauer-, Betonarbeiten in der Hauptschule Kitzingen Siedlung erhält die Firma Nagler, Hoch- und Tiefbau GmbH, 97340 Martinsheim.

Die Auftragssumme schließt mit 20.395,85 €, einschl. 19 % MwSt.

2. Die Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe stehen bei der Haushaltsstelle 1.2122.9452 zur Verfügung.

18. Hauptschule Kitzingen Siedlung
Einbau eines Speisesaales für Ganztagsklassen
Fensterbauarbeiten – Auftragsvergabe

Ohne Abstimmung

1. Den Auftrag für die Fensterbauarbeiten in der Hauptschule Kitzingen Siedlung erhält die Firma S. & W. Frank, 97318 Kitzingen.

Die Auftragssumme schließt mit 32.634,56 €, einschl. 19 % MwSt.

2. Die Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe stehen bei der Haushaltsstelle 1.2122.9452 zur Verfügung.

19. Hauptschule Kitzingen Siedlung
Einbau eines Speisesaales für Ganztagsklassen
Trockenbauarbeiten – Auftragsvergabe

Ohne Abstimmung

1. Den Auftrag für die Trockenbauarbeiten in der Hauptschule Kitzingen Siedlung erhält die Firma Jäger Ausbau GmbH + Co. KG, 97337 Dettelbach.

Die Auftragssumme schließt mit 29.232,11 €, einschl. 19 % MwSt.

2. Die Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe stehen bei der Haushaltsstelle 1.2122.9452 zur Verfügung.

20. Hauptschule Kitzingen Siedlung
Einbau eines Speisesaales für Ganztagsklassen
Kücheneinrichtung – Auftragsvergabe

Ohne Abstimmung

1. Den Auftrag für die Kücheneinrichtung in der Hauptschule Kitzingen Siedlung erhält die Firma Winkler Design GmbH & Co. KG, 97076 Würzburg.

Die Auftragssumme schließt mit 42.959,00 €, einschl. 19 % MwSt.

2. Die Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe stehen bei der Haushaltsstelle 1.2122.9452 zur Verfügung.

21. Gemeindeverbindungsstraße Mainsondheim – St 2271
Auftragsvergabe

Ohne Abstimmung

1. Die Firma STRABAG, Schwarzach erhält als preisgünstigster Bieter der beschränkten Ausschreibung vom 12.06.2007 den Auftrag für den Ausbau der GVS Mainsondheim – St 2271 zum Angebotspreis von 1.294.911,05 € incl. 19 % MWSt.
2. Die Kosten für Annahme und Aufbereitung der teerhaltige Ausbaustoffe in Höhe von ca. 114.000,00 € werden über eine bestehende Vereinbarung mit den Asphaltmischwerken Fuchsstadt verrechnet.

22. Information von Amtsrat Hartner
Hausaufgabenbetreuung Sulzfeld

Amtsrat Hartner weist im Nachgang zur Diskussion in der Finanzausschusssitzung vom 12.07.2007 darauf hin, dass die Gemeinde Sulzfeld den gemeindeeigenen Container auf dem Schulgelände der St. – Hedwig-Schule für die Mittagsbetreuung zur Verfügung stellt.

Dies wird wohlwollend zur Kenntnis genommen.

23. Anfragen von Stadtrat Jeschke
Gießkannen im Repperndorfer Friedhof
Aufstellen eines Container für die Kartenabfälle der Kleingärten Repperndorf

Stadtrat Jeschke fragt an, ob für den Friedhof Repperndorf Gießkannen mit geringerem Fassungsvermögen angeschafft werden könnten, da die älteren Mitbewohner diese nicht mehr tragen könnten.

Weiter fragt er nach ob für die Gartenabfälle der Kleingärten in Repperndorf ein Container aufgestellt werden könnte.

Oberbürgermeister Moser sagt zu, dies zu prüfen.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 21.15 Uhr.

gez.

gez

Oberbürgermeister

Protokollführer